

druck bringen, daß die Aufgabe der Koalitionsregierung nicht identisch ist mit der Aufgabe der Koalitionspolitik. Es gibt auch andere Beweggründe, die bestimmte Hintermänner veranlassen, der Sozialdemokratischen Partei die Rolle sogenannter konstruktiver Opposition zuzuschieben, um ein Stärkerwerden der sozialistischen Linken innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und eine Stärkung des Einflusses der Kommunistischen Partei unter allen Umständen zu verhindern. Darum diese Bemühungen.

Angesichts der unerhört großen Not werden die Arbeitermassen, werden die Werkstätigen gezwungen werden, sich ihrer Haut zu wehren, wenn sie nicht untergehen wollen, und man fürchtet — und zwar sind es ausländische und inländische Reaktionäre — die einsetzende Linksentwicklung. Der Prüfstein aber, ob daran gedacht ist, wirklich ehrlich mit der Koalitionspolitik Schluß zu machen, besteht darin, ob man sich in der Führung der Sozialdemokratischen Partei entschließt, mit dem Kampf gegen links Schluß zu machen und endlich zu erkennen, daß heute immer noch das Gültigkeit hat, was August Bebel sagte, nämlich: Der Feind steht rechts.

Was wir von uns aus tun können, haben wir getan. Wir haben, um in der Frage der Einheit und in der Frage des Kampfes gegen die Koalitionspolitik weiterzukommen, unseren sozialdemokratischen Genossen gesagt: Wir wollen gemeinsam mit Euch für Euer 34 Punkte zählendes Aktionsprogramm kämpfen. Man hat dieses Angebot abgelehnt, und es wird sich herausstellen müssen, ob es nun angesichts der veränderten Situation zur gemeinsamen Aktion kommen wird. Es muß zu dieser gemeinsamen Aktion kommen. Die Arbeiterschaft muß kämpfen, wenn sie leben will, und die Arbeiterschaft wird kämpfen, weil sie leben muß. Insbesondere muß die Arbeiterschaft, müssen die werktätigen Menschen in Bayern kämpfen gegen die neugebildete Ehard-Müller-Regierung. Denn diese neugebildete Ehard-Müller-Regierung, in der alle reaktionären Gruppen der Christlich-Sozialen Union zur Alleinherrschaft angetreten sind, wird in Verfolgung westlicher Sonderinteressen noch konsequenter den Weg der Münchener Konferenz, den Weg des Frankfurter Wirtschaftsrats, den Weg der Spaltung Deutschlands gehen, als das bisher der Fall war. In dieser Regierung haben sich die Totengräber der Christlich-Sozialen Union, so wie der Ernährungsminister Baumgartner Dr. Josef Müller bezeichnete, ein Stelldichein gegeben mit den sogenannten Vorkämpfern der abendländischen christlichen Kultur.

Die Regierung beabsichtigt, den sogenannten Landfrieden zu erlassen. Es gibt eine geschichtliche Parallele dazu. Kurz bevor Hitler